



**Christine Lambrecht**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 [christine.lambrecht@bundestag.de](mailto:christine.lambrecht@bundestag.de)

 [www.christine-lambrecht.de](http://www.christine-lambrecht.de)

## Presseinformation

### **"Neue Wege" – Doch Rückforderung des Bundes in Millionenhöhe?**

**Staatssekretär informiert Christine Lambrecht über  
Auswirkungen des Prüfberichts.**

*Berlin/Viernheim, 21. Februar 2008 – Im Anschluss an ein Gespräch mit dem parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Klaus Brandner (SPD), zu den Folgen des Prüfberichts der schweren Versäumnisse beim Eigenbetrieb „Neue Wege“ erklärte die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht (SPD):*

„Der Kreis Bergstraße muss als Folge der schweren Versäumnisse im Eigenbetrieb "Neue Wege" Gelder in Millionenhöhe an den Bund zurückerstatten. Nach Informationen aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales beläuft sich der Rückforderungsbetrag für die Jahre 2005 bis 2007 auf insgesamt 3,84 Millionen Euro:

- Davon entfallen rund 496.000 Euro auf den Unterschlagungsfall eines Mitarbeiters der "Neuen Wege". Nach Einschätzung des Bundes muss sich der Kreis den finanziellen Schaden aus dem Betrugsfall selbst zurechnen lassen, weil in der Vergangenheit kein funktionierendes Verwaltungs- und Kontrollsystem vorhanden war.
- Rund 63.000 Euro muss der Kreis aufgrund rechtswidrig gewährter Ausbildungskostenzuschüsse erstatten. Dies sind Instrumente, die nicht über das Hartz IV-Instrumentarium förderfähig waren.



**Christine Lambrecht**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 [christine.lambrecht@bundestag.de](mailto:christine.lambrecht@bundestag.de)

 [www.christine-lambrecht.de](http://www.christine-lambrecht.de)

## Presseinformation

- Rund 1,16 Mio. Euro fordert der Bund zurück, weil Verwaltungskosten nicht ordnungsgemäß abgerechnet wurden. Der Kreis hat in der Vergangenheit Verwaltungskosten dem Bund in Rechnung gestellt, die eigentlich vom Kreis zu tragen gewesen wären. Dies hat der Bund aufgedeckt und entsprechend beanstandet.
- Rund 98.000 Euro fordert der Bund aufgrund ohne vertragliche Grundlage gezahlter Personalkosten beim Jobcenter Viernheim (14.000 Euro), nicht abrechnungsfähiger Gutachten (6.000 Euro) und nicht abrechnungsfähiger Investitionskosten im Bereich von IT-Anlagen (78.000 Euro) zurück.
- Auf rund 2,02 Mio. Euro belaufen sich Mittel, die vom Kreis in den Jahren 2005 bis 2007 von Bundeskonten abgerufen, aber nicht verausgabt wurden. Diese fordert der Bund ebenfalls zurück.

Damit hat der Bund seine Ankündigung aus dem Prüfbericht zu den Missständen beim Eigenbetrieb "Neue Wege" wahr gemacht und fiskalische Konsequenzen gezogen. Leidtragende sind die Menschen im Kreis Bergstraße, die jetzt für die Versäumnisse der Vergangenheit mit in die Verantwortung gezogen werden. Wie aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales verlautet, muss ein Betrag in Höhe von zunächst 3,54 Mio. Euro bis spätestens 15. April 2008 gezahlt werden. Der Kreis muss nun die Frage beantworten, woher die Millionen genommen werden sollen und wer die Verantwortung für dieses Desaster übernimmt“.